19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Mirjam Golm (SPD)**

vom 9. September 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. September 2024)

zum Thema:

Istanbul Konvention für Fachkräfte

und **Antwort** vom 1. Oktober 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 1. Oktober 2024)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Frau Abgeordnete Mirjam Golm (SPD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/20307
vom 9. September 2024
über Istanbul Konvention für Fachkräfte

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie hoch ist die Teilnahmequote an Schulungen zur Istanbul Konvention der Mitarbeitenden der Behörden (Polizei, Jugendamt, Gerichte, Sozialdienst etc.) die mit Betroffenen von häuslicher Gewalt zu tun haben?
2. Wie hoch ist die Abbruchquote dieser Schulungen?
3. Welche Anbieter führen in welcher Form (digital, Präsenz, hybrid) und in welchem zeitlichen Umfang die Schulungen zur Istanbul Konvention durch?
4. Wie wird sichergestellt, dass die Teilnehmenden auch das notwendige anwendungssichere Fachwissen erlangt haben? Müssen die Teilnehmenden eine Prüfung ablegen oder ist eine Teilnahme ausreichend, um eine entsprechende Bescheinigung zu bekommen?

Zu 1. bis 4.: Im Bereich „Fortbildung zur Istanbul-Konvention“ werden unterschiedliche Fortbildungs- und Schulungsformate angeboten, die gezielt auf die Bedürfnisse und Besonderheiten der verschiedenen Berufs- und Zielgruppen zugeschnitten sind.

Eine flächendeckende Übersicht zu diesen Fortbildungsangeboten, die eine dezidierte Beantwortung der o. g. Fragen ermöglicht, liegt nicht vor. Wie die folgende beispielhafte Darstellung zeigt, werden bestehenden Fortbildungen je nach Berufsfeld verschieden gestaltet und organisiert.

Im Bereich der Strafverfolgung sind Themenfelder der Istanbul-Konvention, wie u.a. Opferchutz, Gefährdungsanalyse und häusliche Gewalt, bereits Einzel- oder Querschnittsthemen

der polizeilichen Aus- und Fortbildung. Auch das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt Berlin - Brandenburg (GJPA) bietet jährlich eine Vielzahl von landeseigenen Fortbildungsveranstaltungen für Berliner Richter:innen und Staatsanwält:innen an, wovon in diesem Jahr 27 Fortbildungsveranstaltungen einen Bezug zum Thema Istanbul-Konvention aufweisen. Die Fortbildungen werden in verschiedenen Formaten (in Präsenz oder online) für eine unterschiedliche Anzahl von Personen (zwischen 15 und 40 Teilnehmenden) angeboten und waren jeweils unterschiedlich gut besucht. Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist ausreichend, um einen Fortbildungsnachweis zu erhalten. Abbrüche von Veranstaltungen zum Thema Istanbul Konvention sind dem GJPA nicht bekannt.

Zudem haben Berliner Richter:innen sowie Staatsanwält:innen Zugang zu Fortbildungen der Deutschen Richterakademie (DRA), des Nordverbundes sowie des EJTN (European Judicial Training Network), die ebenfalls jährliche Fortbildungen im Bereich der Istanbul Konvention anbieten. Auch diese Veranstaltungen sind bezüglich der Formate unterschiedlich ausgestaltet, wobei die Fortbildungen der DRA und des Nordverbundes in der Regel mehrtägig sind und in Präsenz stattfinden.

Mitarbeitende der Jugendämter können sich in verschiedenen Formaten zielgruppenspezifisch zum Thema häusliche und sexualisierte Gewalt fortbilden. Hierzu werden unter anderem Fachveranstaltungen im Sozialpädagogischen Bildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) überwiegend in Präsenz, in ein- oder mehrtägigen Seminaren angeboten.

Den Teilnehmenden werden unter anderem Kenntnisse zu folgenden Bereichen vermittelt:

- Ursachen, Formen, Ausmaß und Folgen von häuslicher Gewalt
- Kindliches Erleben von häuslicher Gewalt, Auswirkungen, Verarbeitungsstrategien, Bindungsverhalten
- Umgang mit Gewaltausübenden und Gewaltbetroffenen
- Hilfe- und Unterstützungssystem bei häuslicher Gewalt für Opfer und Täter
- Juristische Möglichkeiten der Intervention (Jugendamt, Gericht, etc.)

Im Jahr 2024 hat das SFBB insgesamt 20 Fort- und Weiterbildungsformate angeboten, in denen entweder schwerpunktmäßig oder mindestens als ein Themenfeld häusliche Gewalt und Istanbul Konvention behandelt wurden. Insgesamt sind damit 482 Fachkräfte der Jugendhilfe erreicht worden. Weitere 159 angemeldete Fachkräfte haben die Teilnahme aus unterschiedlichen Gründen storniert oder sind nicht erschienen.

Die Teilnehmenden erhalten Teilnahmebescheinigungen; bei Zertifikatskursen sind Anwesenheit und Prüfungen verpflichtend.

Im Bereich Gesundheit ist die Koordinierungs- und Interventionsstelle von S.I.G.N.A.L. e.V. für die Entwicklung, Organisation, Evaluation und Qualitätssicherung von Fortbildungen zuständig.

Dabei werden Mitarbeitende und Auszubildende der Gesundheitsversorgung (z. B. Ärzt:innen, Gewaltschutzteams der Kliniken, Pflegekräfte, Hebammen, Medizinische und zahnmedizinische Fachangestellte) im Umgang mit Betroffenen von häuslicher und sexualisierter Gewalt geschult. Aus dem öffentlichen Gesundheitsdienst haben bisher insbesondere Mitarbeitende der Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung sowie von Schwangerschafts(konflikt)beratungen teilgenommen. Die Schulungen beinhalten praktische Übungen zum Erkennen, Ansprechen und zur Gesprächsführung bei Gewalterfahrungen, wobei das Wissen fallbezogen vermittelt wird. Zur Qualitätssicherung bietet die Koordinierungsstelle einen regelmäßigen Fachaustausch für die Trainer:innen an und die Angebote werden kontinuierlich weiterentwickelt. Es gibt keine Prüfungen, die Teilnehmenden der Basisschulungen und die Auszubildenden (MFA und ZFA) erhalten bei vollständiger Absolvierung der Schulungen eine Teilnahmebescheinigung. Die Abbruchquote liegt bei null.

Im Bereich Bildung sensibilisiert das von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie geförderte Projekt "BIG Prävention" Lehrkräfte, weiteres pädagogisches Personal, Eltern und Kinder an Berliner Grundschulen für das Thema häusliche Gewalt. Dazu werden vorrangig Formate in Präsenz umgesetzt, wie etwa Kinderworkshops, Elternabende oder Fortbildungstage für Multiplikator:innen. Der zeitliche Umfang unterscheidet sich je nach Schulungsformaten.

Zudem werden bestehende Angebote für Lehrkräfte weiterentwickelt, die bisher schon explizit oder implizit genderspezifische Gewalt thematisieren, für Benachteiligungen sensibilisieren und Handlungsstrategien zum Umgang hiermit vermitteln. Im Fortbildungsjahr 2024/2025 ist politische Bildung von der Steuergruppe Fortbildung weiterhin als berlinweiter Schwerpunkt benannt worden. Insbesondere unter dem Schwerpunkt, aber auch in einer Vielzahl anderer Veranstaltungen, werden Lehrkräfte und weiteres pädagogisches Personal in diesem Themenfeld qualifiziert.

Eine gesonderte Teilnahmestatistik wird nicht erfasst. Eine Abbruchquote wird nicht erhoben, sie ist bei den meist 2-3-stündigen Fortbildungen vernachlässigbar gering. Veranstaltungen zum Schwerpunkt politische Bildung werden von qualifizierten Schulberaterinnen und Schulberatern, von Kooperationspartnern der SenBJF und von externen Dozierenden durchgeführt. Die Teilnehmenden erhalten eine Teilnahmebescheinigung, Prüfungen werden nicht abgenommen.

Weiterhin müssen seit der Schulgesetzänderung 2021 alle öffentlichen Berliner Schulen ein Kinder- und Jugendschutzkonzept im Rahmen ihres Schulprogramms entwickeln. Dieses umfasst eine Risikoanalyse, ein Leitbild, einen Verhaltenskodex und Präventionsangebote. Schulen erhalten bedarfsgerechte Unterstützung durch Schulungen zu den Konzeptbestandteilen. Diese Schulungen, angeboten von Wildwasser e. V., Hilfe für Jungs e. V. und Strohalm e. V., finden 2024 in Form von fünf wählbaren Modulen mit je vier Stunden Umfang statt.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl weiterer Fortbildungsangebote zu Themen der Istanbul Konvention. So führt beispielsweise die Beauftragte des Senats für Partizipation, Integration und Migration jährlich kostenlose Schulungsreihen für Mitarbeiter:innen nichtstaatlicher Beratungsstellen in Berlin durch. 2023 wurde eine Schulung zum Thema "Aufenthaltsrechtliche Beratung für von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffene Frauen*" angeboten; im laufenden Jahr ist ein Schulungsangebot zum Thema "Schwanger ohne Aufenthaltsrecht - was tun?" enthalten. Für Mitarbeiter:innen in Unterkünften für Geflüchtete bietet BIG e.V. in Kooperation mit weiteren Beratungsstellen Fortbildungen auf Grundlage der Handreichung „Was tun bei Gewalt gegen Frauen und LSBTI in Unterkünften?“ an, die von der für Frauen und Gleichstellung zuständigen Senatsverwaltung finanziert werden und somit für die Unterkünfte kostenlos sind.

Auch im Berliner Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (LAP) spielen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, differenziert nach Handlungsfeldern und Zielgruppen, eine zentrale Rolle. Allein unter den aktuell 57 priorisierten Maßnahmen finden sich 17 Maßnahmen im Querschnittsbereich „Aus- und Fortbildung“, die derzeit je nach Zuständigkeit von verschiedenen Ressorts umgesetzt werden. Für die möglichst passgenaue Weiterentwicklung und Koordination von Fortbildungsangeboten wird in 2025 die Stelle einer Fortbildungskoordinatorin bei BIG e.V. eingerichtet. Zudem werden beispielsweise bei LARA e.V. die personellen Ressourcen für Fortbildungen verstärkt.

Berlin, den 01. Oktober 2024

In Vertretung

Micha Klapp

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung